

DVPB-Bundesdelegiertenversammlung während des Bundeskongresses in Berlin

Berlin. Am Abend des zweiten Tages des Bundeskongresses zur Politischen Bildung in Berlin fand am 22. Mai die Bundesdelegiertenversammlung der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung e.V. statt. Gründungsmitglied Adalbert Brunner hielt zunächst einen Eröffnungsvortrag und berichtete über die Anfänge der DVPB in den 60er Jahren. Der Bundesvorstand informierte anschließend in einem Rechenschaftsbericht über seine Aktivitäten im Zeitraum von 2009 bis 2012.

Die DVPB ist seither einige Kooperationen eingegangen, unter anderem als Programmpartnerin der Initiative „Demokratie erleben“ (Körber-Stiftung, Deutsche Kinder- und Jugend-Stiftung, Förderprogramm „Demokratisch Handeln“, Kultusministerkonferenz), deren Schirmherrschaft Bundespräsident Joachim Gauck übernommen hat (www.demokratieerleben.de). Die DVPB war 2012 erstmals gemeinsam mit der Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb), den Landeszentralen für politische Bildung und dem Bundesausschuss Politische Bildung (bap) Programmpartnerin der „Aktionstage Politische Bildung“, die traditionell vom 05. Mai bis 23. Mai stattfinden, und in deren Rahmen diverse Projekte und Aktionen der Politischen Bildung veranstaltet werden (www.aktionstage-politische-bildung.net).

Außerdem unterstützte die DVPB den bap-Aufruf zur Rücknahme der durch die Bundesregierung beschlossenen Mittelkürzungen bei der Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb). Sie war ferner an der Beratung der Arbeitsgruppe „Demokratie“ der SPD-Bundestagsfraktion beteiligt. Verbandspolitisch positionierte sich die DVPB beispielsweise zur Stellungnahme der Initiative für eine bessere ökonomische Bildung (IböB) als Reaktion auf das Auftragsgutachten des Gesamtausschusses der deutschen gewerblichen Wirtschaft (GA) zu Bildungsstandards und Standards für die Lehrerbildung (siehe POLIS 4/2010, S.

4/5 und POLIS 1/2011, S. 4/5). Eine neue Initiative ist die Einrichtung einer Arbeitsgemeinschaft „Fachdidaktik“ innerhalb der DVPB, die insbesondere Lehrer/innen in Forschung und Praxis unterstützen soll und der Gesellschaft für Fachdidaktik (GFD) beitreten wird.

Rückblickend wurde von der Erweiterten Bundesvorstandssitzung 2010 in Hannover berichtet (Themen dort waren Stand und Perspektiven der Ökonomischen Bildung sowie die Vorplanung des Bundeskongresses zur Politischen Bildung 2012). Im Rahmen dieser Sitzung fand auch eine DVPB-Nachwuchstagung zum Thema „Aktuelle Herausforderungen in der Politischen Bildung“ statt; das Tagungsformat soll weiterentwickelt und 2013 in einem größeren Rahmen wieder angeboten werden. Die Erweiterte Bundesvorstandssitzung 2011 in Bad Urach hatte unter anderem die Förderung von Partizipation als Aufgabe der Politischen Bildung und die Feinplanung des Bundeskongresses zur Politischen Bildung 2012 zum Thema. Im Rahmen der Vorbereitungen zum diesjährigen Bundeskongress konnte erfreulicherweise der Bundesausschuss Politische Bildung (bap), Vertreter der außerschulischen Politischen Bildung, als neuer Kooperationspartner neben DVPB und bpb gewonnen werden. Die gleichberechtigte Partnerschaft zwischen den Veranstaltern konnte fortgeführt und eine feste Kostenstruktur und Aufgabenverteilung zwischen DVPB, bpb und bap sicher gestellt werden.

Die DVPB-Website erhielt im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit ein neues „Outfit“ und soll weiterhin optimiert werden. Auf der Website wurde außerdem eine „Schatzkiste Politische Bildung“ eingerichtet, diese stellt ein Archiv für herausragende Abschlussarbeiten aus dem Ersten oder Zweiten Staatsexamen, dem Bachelor- und Masterstudium oder der außerschulischen Politischen Bildung dar, die vor allem die Organisation von Lehr-Lern-Prozessen in der Politischen Bildung zum Thema

haben. Die Schatzkiste wird nur für DVPB-Mitglieder über einen personalisierten Bereich auf der Website zugänglich sein. Die Verbandszeitschrift POLIS wechselte im vergangenen Berichtszeitraum vom Westermann Verlag in den Wochenschau Verlag und wird dort gut betreut.

Im Laufe des Abends fanden die turnusmäßigen Wahlen des Bundesvorstands statt. Zum Ersten Vorsitzenden wurde Prof. Dr. Dirk Lange, als Zweite Vorsitzende Prof. Dr. Sibylle Reinhardt und Dr. Thomas Simon wiedergewählt. Als Schatzmeisterin wurde Frau Marga Kempe bestätigt. Als Beisitzer/innen im Bundesvorstand wurden Christel Schrieverhoff, Prof. Dr. Karl-Peter Fritzsche, Sara Alfia Greco, Prof. Dr. Reinhold Hedtke, PD Dr. Armin Scherb und Benedikt Widmaier gewählt. Als Kassenprüfer/innen wurden Prof. Dr. Andreas Lutter, Henrik Peitsch und Iris Witt bestimmt. Als Revisoren des Forschungsfonds fungieren künftig Prof. Dr. Tim Engartner, Ralph Horstkötter und Prof. Dr. Stefan Rappenglück.



Die wiedergewählten DVPB-Bundesvorsitzenden, v.l.n.r.: Dr. Thomas Simon, Prof. Dr. Sibylle Reinhardt (Zweite Vorsitzende), Prof. Dr. Dirk Lange (Erster Bundesvorsitzender).

Über diverse Satzungsänderungen, die gleichfalls in Berlin beschlossen worden sind, wird im Teil „Verbandspolitische Rundschau“ in diesem POLIS-Heft berichtet. In Heft 03/12, das im Herbst

erscheinen wird, soll dann der Bundeskongress zur Politischen Bildung noch einmal inhaltlich ausführlich thematisiert werden.

Sara Alfia Greco



GLOSSE:

Tabula rasa bei den Piraten

Berlin. Vertreter der Piratenpartei sind durch öffentliche Äußerungen aufgefallen, die historische und politische Bildung vermissen lassen. Hat hier etwa das Bildungssystem versagt?

Den meisten Mitgliedern der Piratenpartei wird attestiert, dass sie von atemberaubender Ahnungslosigkeit seien und damit sogar noch kokettierten. Trotz solcher erkennbarer Defizite finden sie immer mehr Wähler. Das mag man mit Verdruss über das etablierte Parteiensystem erklären, vielleicht auch, weil im Agieren der Neulinge ein

Spaßfaktor gesehen wird. Unerklärlich scheint, wie naiv und kenntnislos die Akteure sein können, unabhängig davon, welche Schul- und Hochschulausbildung sie aufzuweisen haben.

Man ist bisher davon ausgegangen, dass in allen Schularten ein Mindestmaß an Kenntnissen der politischen Systeme, der historischen Entwicklung und des staatlichen Funktionierens vermittelt wird. Außerdem gibt es eine Vielzahl von Einrichtungen, die politische Bildung anbieten. Irgendetwas muss doch hängen geblieben sein. Erstaunt registriert man bei Mitgliedern der neuen Partei eine Tabula rasa.

Dabei ist der Eindruck bei den Piraten anders als bei Wortführern von Protestgruppen, die Niederlagen nicht akzeptieren wollen. Sie kennen die Regeln des Rechtsstaats sehr wohl, wollen sie aber nicht hinnehmen, wenn ihre Position nicht durchsetzbar ist. Die Grundsätze der repräsentativen Demokratie sollen dann schleunigst durch basisdemokratische Entscheidungen ausgehebelt werden. Vertretern solcher Denkkungs-

art mangelt es nicht an Wissen um die Regeln; sie setzen sich darüber hinweg.

Viele Piraten wirken im Vergleich dazu frei vom Ballast historischer oder verfassungsrechtlicher Kenntnis. Haben Schule und andere Institutionen hier völlig versagt, oder haben die Betroffenen ihre Ohren permanent „auf Durchzug“ gestellt?

Sorgen bereiten auch diejenigen, die eine solche Partei wählen. Lässt man einmal beiseite, dass manche es „aus Daffke“ tun, so scheinen viele in dem buntgemischten Völkchen tatsächlich eine ernsthafte Alternative zum bestehenden Parteienspektrum zu sehen.

Gewiss werden auch Piraten, je mehr sie mit der Wirklichkeit des politischen Lebens vertraut sind, hinzulernen. Aber sind die Befunde nicht ein Alarmzeichen für alle Träger von Bildungseinrichtungen, über ihre Konzepte zur Vermittlung von Sachkenntnissen und politischer Bildung nachzudenken?

*Georg Turner
(Der Tagesspiegel v. 4.6.12)*

Bernward Bickmann ist neuer Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB)

Stuttgart. Die Mitgliederversammlung der AKSB wählte Ende des Jahres 2011 in der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart einen neuen Vorstand. Neue Vorsitzender ist der 56-jährige Diplom-Politologe Bernward Bickmann. Mit seiner Wahl löst Bickmann den langjährigen Vorsitzenden der AKSB, Dr. Alois Becker, ab, der nicht mehr kandidierte.

Bickmann ist seit 1996 Leiter des Franziskanischen Bildungswerk e.V., Großkrotzenburg, und zusätzlich seit 2009 Geschäftsführer der Franziskanergymnasium Kreuzburg gGmbH. In der AKSB war Bickmann bisher Stellvertretender Vorsitzender. Nach seiner Wahl nahm Bickmann Stellung zu den aktuellen Kürzungsabsichten der Bundesregierung im Bereich der Politischen Bildung: „Politische Bildung ist Demokratieförderung, deshalb braucht sie eine finanzielle Grundausstattung, die zurzeit durch anstehende.

Haushaltsentscheidungen auf Bundesebene in ihrem Bestand gefährdet ist. Ich werde mich im Sinne der Arbeitsgemeinschaft bei den Zuschussgebern für den Erhalt einer pluralen und zukunftsfähigen Trägerlandschaft der politischen Bildung einsetzen. Angesichts der vielen aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen leisten unsere Mitgliedseinrichtungen einen unverzichtbaren Beitrag zum Zusammenhalt und zur Solidarität in unserer Demokratie. Wertgebundene politische Bildung darf daher nicht nur Gegenstand sogenannter politischer Sonntagsreden sein, sondern muss auch bei Haushaltsberatungen dem Stellenwert entsprechend berücksichtigt werden.

Als neuen Stellvertretenden Vorsitzenden wählte die Mitgliederversammlung Benedikt Widmaier, Direktor der Akademie für politische und soziale Bildung, Haus am Maiberg. Als weiteres Vorstandsmitglied wurde Dr. Siegfried Grillmeyer, Akademiedirektor des Caritas-Pirckheimer-Hauses in Nürnberg gewählt.

aksb-inform

Argumente für und gegen Kürzungen bei der Bundeszentrale für Politische Bildung

Erfurt. Die Kürzungspläne der Bundesregierung bei der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) heizen die Debatte an: Während der Bundestagsabgeordnete Stefan Ruppert von der Regierungspartei FDP die Kürzungen für gerechtfertigt hält, befürchtet die Bundestagsabgeordnete Daniela Kolbe von der Opposition eine Schwächung der politischen Bildung, wie die Thüringer Allgemeine berichtet.

FDP-MdB Stefan Ruppert: PRO

„Man kann es sich leicht machen als Politiker und solche Kürzungen ablehnen. Wer will schon, dass bei politischer Bildung gespart wird? Man kann aber auch den Rücken durchdrücken und sich als Liberaler dazu bekennen, dass wir bald keine Schulden mehr machen wollen. Dazu müssen alle beitragen.

Die Bundeszentrale für politische Bildung nimmt eine bedeutende Aufgabe in unserer Demokratie wahr. Die Koalition hat daher die Bundeszentrale erst kürzlich gestärkt und ihr die Regiestelle des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ mit Mitteln von 18 Millionen Euro übertragen. Die Bundeszentrale ist damit eine wichtige Säule in der aktiven Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus und stärkt die demokratische Kultur in unserem Land.

Die SPD hat der Koalition abstrakt vorgeworfen, sie würde zu wenig sparen. Wenn es aber um konkrete Vorschläge für Einsparungen geht, lehnt sie jegliche Kürzungen kategorisch ab. Dabei hat niemand so drastisch bei der BpB gekürzt wie die SPD vier Millionen alleine zwischen 1999 und 2000. Warum dann jetzt die Empörung?

Zuschüsse an freie Bildungsträger, die vor Ort konkrete Projekte betreuen, werden nur begrenzt zurückgefahren. Deshalb kann die politische Bildung auch zukünftig von einer starken Zivilgesellschaft wahrgenommen werden. Werte wie Weltoffenheit und Toleranz werden vielfältig und nachhaltig vermittelt. Wir

alle müssen für die Demokratie werben und jeder Form des Extremismus und der Intoleranz entschlossen entgegenzutreten.

Eine Politik, die zukünftigen Generationen gigantische Haushaltsdefizite hinterlässt, schadet der Demokratie mehr als alles andere. Dann kann auch die segenreiche Arbeit der Bundeszentrale nichts mehr ausrichten.“

SPD-MdB Daniela Kolbe: CONTRA

„Unsere Welt verändert sich dramatisch schnell, neue Weltmächte wie China steigen auf, alte wie die USA taumeln. Wir erleben eine Klimakrise, die uns alle fordert. Wir sind konfrontiert mit einer Eurokrise, die selbst Experten kaum verstehen, mit einem gewaltbereiten Rechtsextremismus, der unsere Vorstellungskraft sprengt. In komplexen Krisenzeiten ist politische Bildung für jede Demokratie unerlässlich. Sie trägt dazu bei, dass Bürger sich informieren und positionieren können, dass sie sich am demokratischen Diskurs beteiligen und sich nicht frustriert abwenden.

Der bedeutendste Akteur der politischen Bildung in Deutschland ist die Bundeszentrale für politische Bildung. Um diese Institution werden wir im Ausland beneidet.

Die mehr als 430 Träger, die von der Bundeszentrale gefördert werden, leisten deutschlandweit mit ihren Seminaren einen unschätzbaren Beitrag zur Demokratie.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat sich nach der Wahl damit gebrüstet, sie werde nicht bei der Bildung kürzen. Offenbar gehört politische Bildung nicht zu ihrem Bildungsverständnis. 2012 muss die Bundeszentrale mit 3,5 Millionen Euro weniger auskommen. Ein gravierender Einschnitt.

Welche Angebote dadurch wegfallen werden, welche Träger die Bundeszentrale nicht mehr unterstützen können, ist noch unklar. Sicher ist, die politische Bildung in Deutschland wird geschwächt. Und das in Zeiten, in denen wir mehr politische Bildung bräuchten, nicht weniger.“

vo